

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig  
Staatskanzlei  
Schloßstr. 2-4  
19053 Schwerin

Berlin, den 20.11.2023

**Betreff: Schützen Sie unsere Krankenhäuser – erheben Sie Einspruch gegen das Krankenhaustransparenzgesetz!**

Sehr geehrte Frau Bundesratspräsidentin Manuela Schwesig,

am 19. Oktober beschloss eine Mehrheit im Bundestag das von der Ampel-Koalition eingebrachte Krankenhaustransparenzgesetz. Gesundheitsminister Karl Lauterbach bezweckt mit diesem Gesetz, die Level-Einteilung der Krankenhäuser trotz breiter Kritik durch die Hintertür einzuführen. Das gefährdet die flächendeckende und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung, für deren Bereitstellung die Landesregierungen, also Sie, politisch verantwortlich sind. Wir, das Bündnis Klinikrettung, ein bundesweiter Zusammenschluss von rund 20 Initiativen und Organisationen aus dem Gesundheitsbereich, in denen BürgerInnen, PatientInnen und Krankenhauspersonal sich für den Erhalt einer flächendeckenden Krankenhausversorgung einsetzen, fordern Sie daher in aller Dringlichkeit auf, im Bundesrat gegen dieses Gesetz Einspruch zu erheben.

Krankenhausgesellschaften, Krankenhauspersonal und zahlreiche gesundheitspolitische Initiativen haben sich in den vergangenen Monaten gegen die Einführung von Krankenhausleveln ausgesprochen. Denn in der von Lauterbach vorgeschlagenen Form dienen diese nicht der Verbesserung der Gesundheitsversorgung. Im Gegenteil wurden die Level so ausgestaltet, dass den Krankenhäusern aufgrund der Levelzuordnung Abteilungen und Behandlungen entzogen werden können. Statt dringend notwendigem Erhalt und Ertüchtigung von Krankenhäusern bedeuten Lauterbachs Level also deren qualitative Herabstufung. Nicht zuletzt dank des Widerstands der Länder wurden die Krankenhauslevel nicht in das Eckpunktepapier von Bund und Ländern zur Krankenhausreform aufgenommen. Nun stehen sie doch in einem Gesetz: Sie dienen als Grundlage eines sogenannten Transparenzregisters, das BürgerInnen bei Ihrer Krankenhauswahl anleiten soll. Mit diesem Register verschärft sich die fatale Tendenz, kleine Krankenhäuser – das unersetzliche Rückgrat der flächendeckenden Krankenhausversorgung – zu schwächen, indem ihnen entgegen vieler Fachexpertisen, zum Beispiel der Hintergrundstudie zum Patientenportal „Weiße Liste“, die Qualität abgesprochen wird. Besonders gefährlich ist in diesem Zusammenhang die Einführung des Levels 1i, das sich auch im geplanten Krankenhausverbesserungsgesetz unter der Bezeichnung „sektorenübergreifende Versorger“ findet. Massenhaft kleine Krankenhäuser sollen zu Level 1i-Einrichtungen degradiert werden, damit in ihrer Ausstattung massiv eingeschränkt werden

und voraussichtlich aus der Notfallversorgung herausfallen. Das ist inakzeptabel, denn so wird die wohnortnahe Gesundheitsversorgung dramatisch eingeschränkt, in Notfällen gar lebensgefährlich verschlechtert.

Die Bundesländer waren maßgeblich an der Kritik an den Krankenhausleveln beteiligt. Das war richtig, denn diese greifen in die Planungshoheit der Länder ein und verunmöglichen mit ihren rigiden Strukturvorgaben eine bedarfsgerechte Krankenhausplanung. Das Krankenhaustransparenzgesetz ist der zweite Anlauf zu deren Einführung. Bundesgesundheitsminister Lauterbach hat in seinen Aussagen und konkreten Vorschlägen keinen Zweifel daran gelassen, dass er flächendeckende Schließungen kleiner Krankenhäuser der Grundversorgung bezweckt. Aber Sie können dieses Vorhaben noch stoppen. Setzen Sie sich im Bundesrat dagegen ein, legen Sie Ihr politisches Gewicht im Sinne der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in die Waagschale!

Seien Sie sich sicher: die Menschen in Ihrem Bundesland stehen an Ihrer Seite, wenn Sie sich im Sinne von Gemeinwohl und Bedarfsgerechtigkeit für die Krankenhäuser einsetzen!

Mit freundlichen Grüßen,

Laura Valentukeviciute  
für das Bündnis Klinikrettung